

## Queer und Grün im Abgeordnetenhaus



**Anja Kofbinger**  
Sprecherin für Frauenpolitik  
und Lesben- und Schwulenpolitik

Telefon: 030/2325-2437  
Fax: 030/2325-2409

Mail: [anja.kofbinger@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:anja.kofbinger@gruene-fraktion-berlin.de)

[www.kofbinger.de](http://www.kofbinger.de)



**Thomas Birk**  
Sprecher für Verwaltungsreform  
und Lesben- und Schwulenpolitik

Telefon: 030/2325-2412  
Fax: 030/2325-2409

Mail: [thomas.birk@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:thomas.birk@gruene-fraktion-berlin.de)

[www.thomasbirk.de](http://www.thomasbirk.de)

**Herausgeberin**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchnerstr. 5  
10111 Berlin



**Kontakt**  
Telefon: 030 2325-2400  
E-Mail: [gruene@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:gruene@gruene-fraktion-berlin.de)

**V.i.S.d.P.**  
Thomas Birk, MdA, Lesben- und Schwulenpolitik

## Rap'n Respect

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kämpft gegen Homophobie, Transphobie und Frauenfeindlichkeit in der Popmusik. 2007 ging die bundesweite Kampagne gegen Bushidos Auftritt am Brandenburger Tor bei einem Bravokonzert gegen Gewalt an Schulen von uns aus. Auch Proteste gegen die Konzerte von homophoben Reggae-Interpreten werden von uns unterstützt. Wir kämpfen seit Jahren gegen Nazibands.

Wir suchen aber auch die konstruktive Zusammenarbeit mit der Musikszene. Die Fraktion hat mit freien Trägern im Februar 2008 eine Veranstaltungsreihe zum Thema Jugendkultur und präventive Jugendgewaltarbeit am Beispiel Hip-Hop durchgeführt. Eine Podiumsdiskussion, ein Open-Space-Workshop und ein großes Abschlusskonzert als Hip-Hop-Jam mit Talks unter dem Motto "Rap'n Respect" waren ein Riesenerfolg!



## Reformen für Transgender und Intersexuelle

Auf Bundesebene setzen wir uns für die Erleichterung des Namensrechts und der Selbstbestimmung bei der Zuordnung zum selbst gewählten Geschlecht anstelle des veralteten Transsexuellengesetzes ein. Auch auf Landesebene müssen Menschenrechtsverletzungen gegen Trans- und Intersexuelle beendet werden. Zwangsoperationen zur eindeutigen Geschlechtsbestimmung müssen ein Ende haben. Eltern von intersexuellen Kindern müssen Zugang zu einer umfassenden Beratung auch durch Intersexuelle erhalten. Formulare öffentlicher Einrichtungen sollten neben "männlich" und "weiblich" eine dritte Geschlechtskategorie aufweisen.



Foto: Christian Körneke

Wir haben aktiv dazu beigetragen, dass TransInter-Queer e. V. (TriQ) mit dem Doppelhaushalt 2010/11 zum ersten mal eine Regelförderung erhält. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein wissenschaftlicher und rechtlicher Diskurs zu dem Thema in Berlin geführt wird.



## OHNE GRÜN KEIN QUEER BÜNDNISGRÜNE INITIATIVEN IM ABGEORDETENHAUS



Foto: Christian Körneke

## Warum queere Politik so wichtig ist

Queere Politik ist Menschenrechtspolitik und für Grüne kein Nebenthema. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen treibt durch ihre Initiativen für die Belange von Lesben, Schwulen und Transgender die rot-rote Koalition an. So haben wir aus der Opposition heraus mehrere Anträge zu mehrheitsfähigen Beschlüssen geführt. Während wir für Lesben und Schwule rechtlich schon viel erreicht haben, stehen wir bei den Rechten für Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle erst am Anfang der Reformen.

Auch in der weltoffenen Stadt Berlin gibt es leider Vorurteile bis hin zu Gewalt gegen queere Lebensweisen. Staat, Politik und gesellschaftliche Initiativen müssen sich dem gemeinsam entgegenstellen. Dazu haben wir Vorschläge gemacht, die jetzt auch umgesetzt werden. Doch haben wir Zweifel, dass es ohne uns so weit gekommen wäre, denn – ohne Grün kein Queer!

Mensch kann es drehen und wenden.  
Es bleibt dabei:

**Ohne Grün  
kein Queer**

## Aktionsplan gegen Homophobie

Nach zahlreichen Übergriffen auf Lesben, Schwule und Transgender stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ende 2008 einen umfassenden Antrag für einen "Berliner Aktionsplan gegen Homophobie". Wir forderten mehr Prävention durch zielgruppengerechte Aufklärung in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen, Fortbildung für die Polizei, besseren Opferschutz und genauere Daten, insbesondere zu Gewalt gegen Lesben und Transgender.



Nach einer Anhörung im Innenausschuss wurde der Antrag in der von Rot-Rot geänderten Fassung als Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" einstimmig beschlossen und für den Doppelhaushalt 2010/11 mit 2,1 Millionen Euro finanziert.

Wir freuen uns über diesen fraktionsübergreifenden Konsens. Nun müssen wir auch gemeinsam die Vorurteile in den Köpfen bekämpfen. Wir werden dabei vor allem Projekte unterstützen, die auf langfristige Erfolge gegen Homophobie und Transphobie und für die Akzeptanz queerer Lebensweisen abzielen.

## Sexuelle Identität ins Grundgesetz

Trotz rechtlicher und gesellschaftlicher Fortschritte fehlt ein grundgesetzlicher Diskriminierungsschutz für Lesben, Schwule und Transgender. Bereits 2007 hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zur Unterstützung der LSVD-Bundeskampagne für eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung des Artikels 3, Absatz 3 im Grundgesetz um das Merkmal "sexuelle Identität" gestellt. 2009 wurde die Forderung zur Grundgesetzergänzung bundesweiter CSD-Schwerpunkt. Rechtzeitig vor dem Berliner CSD ermunterten wir die Fraktionen von SPD und Linkspartei, sich an einem Antrag für eine Bundesratsinitiative zu beteiligen. Das Abgeordnetenhaus fasste kurz vor dem Berliner CSD 2009 einen entsprechenden Beschluss.



Der Berliner Senat brachte zusammen mit Hamburg (CDU/Grüne) und Bremen (SPD/Grüne) die Bundesratsinitiative ein. Auch das schwarz-gelb-grün regierte Saarland stimmte der Initiative im Bundesrat zu. Letztlich scheiterte sie an den schwarz-gelb regierten Bundesländern.

## Gleichstellung im Landesrecht

Für die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Landesrecht lieferten wir Grüne uns einen kleinen Wettbewerb mit der rot-roten Landesregierung. Beim Beamtenrecht behielt Rot-Rot die Nase vorn. Mit der grünen Änderung zur Rückwirkung zum 03.12.2003 wurde die Gleichstellung bei Besoldung und Versorgung beschlossen. Bei den Kammerberufen stellten Bündnis 90/Die Grünen die Gesetzesanträge vor Rot-Rot, um die Gleichstellung bei der Versorgung von ArchitektInnen, IngenieurInnen und ÄrztInnen sicherzustellen. Hier wurde mit vereinten Kräften die Rückwirkung zum 01.01.2005 erreicht.



Damit ist in Berlin die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft im Landesrecht vollendet. Nun gilt es, auf Bundesebene die Öffnung der Ehe mit allen Rechten zu erstreiten und das Familienrecht für Regenbogenfamilien z. B. durch den Familienvertrag zu modernisieren.